

**Regierungserklärung  
des designierten Landeshauptmanns Luis Durnwalder  
verlesen am 16. Dezember 2008  
im Südtiroler Landtag**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,

hier stehe ich also wieder, zum fünften Mal vor den Abgeordneten zum Südtiroler Landtag, um ihnen zu erklären, welche Ziele sich die Landesregierung für die kommende Amtszeit steckt. Und so manche unter Ihnen, vor allem jene, für die diese Regierungserklärung nicht die erste ist, werden sich auf Altbekanntes einstellen. Auf einen allumfassenden Überblick, der von A wie Apfelanbau bis Z wie Zugverbindungen reicht.

Verzeihen Sie mir deshalb, wenn ich Ihre Erwartungen enttäusche und Sie für die Details auf das Koalitionsprogramm verweise, in dem wir klare Ziele festgeschrieben haben. Regierungserklärung und Koalitionsprogramm bilden eine Einheit, sie sind zwei Seiten der selben Medaille.

Dies gibt mir, sehr geehrte Abgeordnete, die Möglichkeit, Ihnen ein allgemeines Bild von der Arbeit der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren zu zeichnen. Von ihren Zielen. Von ihren Visionen. Von den Eckpunkten ihrer Tätigkeit. Von den Rahmenbedingungen. Denn glauben Sie mir: Wenn sich letztere verändern – und das tun sie rasant – dann können auch erstere davon nicht unbeeindruckt bleiben.

Meine Damen und Herren, es gibt Zäsuren in der Geschichte, die sind nicht zu übersehen: Kriege, Krisen, Entdeckungen, Revolutionen; Brüche, die selbst Unbedarften ins Auge stechen. Es gibt aber auch Übergänge in der Geschichte, die unspektakulärer ausfallen, im Nachhinein klar feststellbar, wenn man aber mittendrin steckt, oft kaum zu erkennen. An einem solchen Übergang stehen wir heute. Er kommt auf leisen Sohlen, er ist fließend, aber er ist unaufhaltsam und unumkehrbar. Aber lassen Sie mich diesen Gedanken ausführen:

Südtirol ist politisch in einer Zeit groß geworden, die im Zeichen der Abwehr stand. Bis herauf ins Jahr 1972, bis herauf also zum Zweiten Autonomiestatut ging es in erster Linie darum, das Überleben der deutschen und ladinischen Minderheit im italienischen Staat zu sichern. Und vor unseren politischen Vorgängern, die dies so bravourös gemeistert haben, aber auch vor unseren Mitbürgern, die dieses Ziel oft unter großen persönlichen Opfern verfolgt haben, kann ich nur meinen Hut ziehen.

Von 1972 bis herauf zur Streitbeilegung 1992 standen die Zeichen dagegen auf Ausbau und Konsolidierung. Es ging um die Absicherung und die Vollendung des Autonomie-Kunstwerks. Auch dies ist beispielhaft gelungen.

Auf diese so weit reichende, auf die rundum abgesicherte Autonomie aufbauend, ihre Möglichkeiten nutzend, haben wir von 1992 bis dato den Rückstand Südtirols gegenüber anderen Regionen Europas aufzuholen versucht. Im Bildungssystem mit dem Aufbau der Freien Universität Bozen, in der Wirtschaft mit dem Umbau der gesamten Strukturen, im Sozialen mit der Schaffung eines dichten Unterstützungsnetzes. Und nicht zuletzt infrastrukturell: mit dem Ausbau der Gesundheits-Infrastruktur, mit der Modernisierung des Verkehrsnetzes, mit dem Schulbau- und einem groß angelegten Wohnbauprogramm, mit dem Ausbau des Breitbandnetzes, mit der Schaffung von Umwelteinrichtungen, etwa für die Müllentsorgung oder die Abwasserklärung.

Es galt, in gerade einmal 15 Jahren eine Entwicklung nachzuvollziehen, für die andere Länder doppelt oder dreimal so viel Zeit zur Verfügung hatten. Wir haben, lassen Sie mich dies auf eine Formel herunterbrechen, wir haben Südtirol im Zeitraffer entwickelt.

Dieser Parforceritt hat *uns* – im Sinne von: uns, der Landesregierung – zwar den Ruf der Großbaumeister eingebracht, von Kritikern sogar jenen der Betonierer, er hat *uns* – im Sinne von: uns Südtirolern – aber die Voraussetzungen geschaffen, die Zukunft mit den bestmöglichen Mitteln an der Hand anzugehen. Unser Aufholprogramm ist – in großen Zügen – abgeschlossen, Südtirol ist wettbewerbsfähig.

Südtirol, meine Damen und Herren, Südtirol steht am Ende der Geschichte. Und am Beginn der Zukunft.

Aus dieser Erkenntnis können wir gleich eine zweite ableiten, eine, die für unsere künftige Regierungsarbeit fundamental ist: Es ist die Erkenntnis, dass es nun möglich und auch notwendig ist, den Fokus zu verschieben – weg von der Infrastrukturpolitik, weg vom

Aufholen von Rückständen, hin zu einer Politik der aktiven Gestaltung der Zukunft, zu einer Politik, die noch mehr als bisher den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Dieser Übergang wird nicht mit einem Paukenschlag erfolgen, es wird nicht von heute auf morgen alles Bewährte über den Haufen geworfen. Vielmehr wird es einen fließenden Übergang geben, ein Verschieben der Prioritäten, aufbauend auf dem, was wir in den letzten Jahren eingeleitet haben.

Wir haben den Südtirolerinnen und Südtirolern die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt, dank derer sie sich im internationalen Konkurrenzkampf um Wirtschaftskraft und Lebensqualität, um Wohlstand und Entwicklung behaupten können. Jetzt geht es auch – und zuallererst – um die notwendige persönliche Unterstützung, die auch so aussehen muss, dass wir Menschen mehr Freiraum zugestehen, sie entlasten, sie nicht in vorgezeichnete Bahnen lenken, sie fördern, wenn sie ausgetretene Pfade verlassen, ihre Kreativität ankurbeln. Und dass wir ihnen zu Hilfe eilen, wenn es notwendig ist – und nur, wenn es notwendig ist.

Bevor Herr und Frau Südtiroler also einen für ihre persönliche Zukunft einschneidenden Schritt setzen, egal ob beruflich oder privat, sollten sie sich nicht – oder nicht mehr – fragen, ob es dafür einen Beitrag vom Land gibt, sondern ob dieser Schritt in der jeweiligen Lebenssituation der richtige ist, ob er sie als Individuen weiterbringt und bestenfalls vielleicht auch die Gesellschaft.

Wir müssen die Menschen wieder verstärkt in die Verantwortung nehmen: für sich selbst, für ihre Umwelt und ihr Umfeld.

Es kann nicht das Land sein, das persönliche Entscheidungen der Einzelnen konditioniert, etwa wenn es um die Entscheidung zwischen Vollzeit-Familie oder Familie plus Arbeit geht. Wir werden niemanden in die eine oder andere Richtung schieben: nicht mit dem Zuckerbrot und erst recht nicht mit der Peitsche. Was wir aber sehr wohl können, ist, die Wege zu ebnen, egal welche Richtung Mütter oder Väter einschlagen. Und sie zu unterstützen, unabhängig von der Art ihrer Entscheidung.

Fällt diese für die Vollzeit-Familie, sorgen wir für die Chance auf eine Rentenabsicherung der Erziehungs- und Pflegezeiten, wir stellen den Kindern beste Ausbildungsmöglichkeiten bereit, wir helfen – wenn nötig – bei Wohnungskauf oder Hausbau. Fällt die Entscheidung für Arbeit plus Familie, sorgen wir für Ausbildung, Weiterbildung oder Umschulung, helfen bei der Arbeitsvermittlung, fördern flexible Arbeitszeitmodelle, stellen Einrichtungen zur

Betreuung der Kinder bereit: Kinderhorte, Tagesmütter, Nachmittags- und Ferienbetreuung – all diese Dienste sind noch auszubauen, wobei „ausbauen“ nicht heißen muss, dass die öffentliche Hand dies tut. Vielmehr müssen und werden wir auch private und genossenschaftliche Initiativen unterstützen und gleichzeitig darauf achten, dass solchen Strukturen und Diensten Tarife zugrunde liegen, die für Familien tragbar sind.

Dies ist der Beitrag der Politik, der Gesellschaft, aber trotzdem sollte allen von vornherein klar sein: Unterschiede werden bleiben, je nachdem, welche Entscheidung man fällt: beim Einkommen, bei der Rente, bei der Zeit, die für die Betreuung der Familie übrig bleibt, bei der Lebensqualität. Diese Unterschiede können wir in Beratungen aufzeigen, wir können, wir sollen, wir werden sie aber nicht beheben.

Verantwortung zu übernehmen, heißt nun einmal auch, Prioritäten zu setzen. Und dies ist Aufgabe jeder und jedes Einzelnen. Den Anspruch, gleichzeitig alles haben zu wollen, können und werden wir nicht erfüllen, selbst im Wohlstandsland Südtirol.

Es geht, wenn Sie so wollen, in Zukunft in allen Bereichen mehr um die Soft- als um die Hardware. Die Hardware steht zum größten Teil bereit, an der Software müssen wir noch gehörig arbeiten. Und das Ziel, das wir dabei vor Augen haben, ist, die Menschen durchs Leben zu begleiten, ohne sie zu konditionieren.

„Durchs Leben begleiten“ ist dabei durchaus wörtlich gemeint. Nicht, dass wir jeden an der Hand nehmen können, doch müssen wir mit unserer Politik für jeden Lebensabschnitt, für jedes Lebensalter, für jede Lebenssituation die passenden Rahmenbedingungen schaffen. Von der Wiege bis zur Bahre. Oder besser: von der medizinischen Betreuung des Embryos bis zur Versorgung Hinterbliebener.

Diese Aufgabe, die sich uns hier stellt, ist eine gewaltige. Ohne Zweifel. Sie ist genauso ohne Zweifel eine notwendige, eine sinnvolle und nicht zuletzt für alle Beteiligten – und dies sind Sie an vorderster Front, sehr geehrte Abgeordnete – eine reizvolle. Die Arbeit an der Software ist allerdings auch – darüber sollte man sich ebenso im Klaren sein – im Ergebnis mit Sicherheit weniger spektakulär, als die zweifelsohne genauso notwendige Hardware-Politik der letzten Jahre.

Dass wir diese neue Aufgabe angehen können, wir alle hier im Südtiroler Landtag, verdanken wir unseren politischen Vätern, die eine Autonomie auf die Beine gestellt haben, die international zum Vorbild geworden ist. Eine Autonomie, die zuallererst ein Schutzmantel für zwei Minderheiten sein sollte, die mittlerweile aber alle in diesem Land schützt, egal, ob sie nun der deutschen, der ladinischen oder der italienischen Sprachgruppe angehören. Wir alle profitieren von dieser Autonomie, weil sie uns Spielräume einräumt, von denen andere Länder nur träumen können. Diese Spielräume gilt es, optimal zu nutzen, um Probleme Lösungen zuzuführen, die bürgernah sind, die auf die Besonderheiten unseres Landes eingehen, die die Menschen in ihrer Vielfalt respektieren, die auch auf lange Sicht verantwortlich und finanzierbar sind – mit anderen Worten: die nachhaltig sind.

Bei der Lösung von Problemen dürfen wir im Übrigen nicht darauf achten, ob sie für uns politisch angenehm oder unangenehm sind. Ein Problem aus politischer Opportunität auf die lange Bank zu schieben, ist nicht annehmbar. Schon allein deshalb müssen wir in dieser Legislatur auch das Problem der Toponomastik einer endgültigen und die Bedürfnisse aller Sprachgruppen berücksichtigenden Lösung zuführen.

Die Autonomie, das habe ich bereits oft betont, ist dabei nicht in Stein gemeißelt. Sie verändert sich vielmehr, wie sich auch die Gesellschaft wandelt. Ein Beispiel ist der Steuerföderalismus, der das Gefüge des Staates gehörig durcheinander wirbelt. Denn wenn's ums Geld geht, geht's ums Eingemachte und deshalb dürfen wir die Einführung des Steuerföderalismus' nicht als etwas von allem anderen Losgelöstes sehen. Wird das Staatsgefüge umgekrempelt, gilt es, wachsam zu sein, damit unsere Autonomie dabei nicht unter die Räder kommt. Mehr noch: Es wird eine umfassende Regelung brauchen, die unsere Besonderheiten respektiert, und zwar auch finanziell. Konkret heißt dies, dass wir uns den Sparzielen des Staates zwar verpflichtet fühlen, dass wir dazu aber auf unsere Weise beitragen wollen. Und das heißt, durch die Übernahme neuer Zuständigkeiten, die zudem unsere Autonomie weiter stärken.

Wenn wir von der Übernahme von Zuständigkeiten und ihrer Finanzierung – oder zumindest ihrer Mit-Finanzierung – sprechen, dann denken wir etwa an eine Konvention mit der RAI, wenn es um die Bereitstellung von Programmen in deutscher und ladinischer Sprache geht. Dass wir – wenn wir schon zahlen – auch eine Mitsprache fordern, dürfte auf der Hand liegen, doch kann ich all jene beruhigen, die einen Eingriff in die journalistische Freiheit fürchten. Einen solchen wird es nicht geben. Vielmehr wollen wir

mitreden, wenn es um den Ausbau vor allem ladinischer Sendezeiten geht, um einen Ausbau der Strukturen, eine Verbesserung der technischen Gegebenheiten oder eine angemessene Bezahlung der Programmgestalter.

Neben der Vereinbarung über die RAI streben wir die Übernahme weiterer Dienste an, etwa in Sachen Post oder Sicherheit, und sind zudem bereit, mit dem Staat über eine Übernahme des Personals der Staatsagenturen und Gerichte zu verhandeln.

Das ist der erste Schritt, der zweite heißt Steuerautonomie. Wie oft habe ich in diesem Zusammenhang gehört, dass wir uns mit Händen und Füßen gegen eine solche Finanzautonomie wehren würden. „Da könntet ihr dann“, so das einhellige Stammtischcredo, „nicht nur Geld verteilen, sondern müsstet es auch einheben.“ Stimmt genau, bis auf den Schluss, den man daraus zieht. Wir haben keine Angst vor der Steuerautonomie, sondern haben sie immer gefordert und werden sie weiter fordern, weil eine Politik ohne den Geldhebel in der Hand immer von außen konditioniert werden kann. Und weil eine Politik, die die Probleme der Bürger vor Ort lösen soll, nicht auf eine eigenständige Finanzpolitik verzichten kann.

Dabei kann ich eines bereits heute garantieren: Ist es das Land Südtirol, das die Steuern festlegen kann, und nicht mehr der Staat Italien, dann verbleibt unseren Bürgern wieder mehr Geld in der Brieftasche. Vor allem jenen, die es am nötigsten haben.

Und wenn wir schon beim Thema Autonomie sind: Die römischen Regierungen, egal aus welchem Lager, dürfen nicht glauben, dass unsere Autonomie mit jenen anderer Regionen vergleichbar ist. Südtirols autonome Gesetzgebung und Verwaltung ist im Gegensatz zu allen anderen international vereinbart und abgesichert. Eine einseitige Abänderung durch ein Verfassungsgesetz ist damit nicht möglich, solange es nicht die Zustimmung des anderen Vertragspartners, unseres Vaterlands Österreich, gibt. Ein stetiger Informationsfluss und eine enge Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Gremien in Österreich sind und bleiben deshalb für Südtirol lebenswichtig.

Weg von der langen Sicht und uns der Tagespolitik nähernd geht es im Umgang mit dem Staat Italien um einige wichtige, sehr konkrete Forderungen: um jene nach den längst schon fälligen Entscheidungen in Sachen Sechser- und Zwölferkommission, Besetzung von Richter- und Staatsstellen, Alternativen zur Zweisprachigkeits-Prüfung, um die Protokolle der Alpenkonvention oder die Ratifizierung des Madrider Abkommens zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit den Autonomie-Überlegungen noch ein weiteres Schlagwort in die Diskussion einbringen: die Subsidiarität. Oft gebraucht, dieser Begriff, oft missbraucht, oft falsch verstanden, oft gefordert – besonders mit Blick nach oben und selten mit jenem nach unten.

Subsidiarität, das möchte ich hier noch einmal betonen, Subsidiarität heißt nicht, alle Macht nach unten, auf die niedrigeren Ebenen. Subsidiarität heißt vielmehr, nur all dies eine Stufe höher zu delegieren, was die nächst niedrigere Ebene nicht besser erledigen könnte. Und dies heißt zweierlei. Zum ersten: Es muss von Fall zu Fall entschieden werden, welche Kompetenzen nach unten – und ich bitte Sie, dieses „oben“ und „unten“ nicht wertend zu verstehen – welche Kompetenzen also nach unten weitergereicht werden. Und zweitens: Ebenso wenig, wie die Autonomie in Stein gemeißelt ist, ist die Subsidiarität in Stein gemeißelt. Vielmehr hängt es auch von den Rahmenbedingungen ab, welche Kompetenzen besser von den kleineren Einheiten erledigt werden können. Denn „näher am Bürger“ heißt nicht automatisch und zwangsläufig auch „besser“.

Wenn ich heute also hier stehe und sage, wir müssen uns immer wieder fragen, welche Kompetenzen in Bezirken und Gemeinden besser aufgehoben wären, dann hat das mit dem Wandel der Rahmenbedingungen zu tun, den ich zu Anfang dieser Rede erläutert habe: So lange ein Hauptaugenmerk unserer Politik darauf lag – liegen musste – nicht zuletzt infrastrukturell aufzuholen, war es nur folgerichtig, dass die Entscheidungen auf Landesebene getroffen worden sind. In Absprache mit den Gemeinden zwar, aber letztendlich in unserer Verantwortung, denn schließlich ist die Infrastruktur, die wir geschaffen haben, eine landesweite oder doch zumindest eine übergemeindliche. Denken Sie an die Abfallbeseitigung, an die Abwasserklärung, an die Gesundheitseinrichtungen, an die Verkehrswege, denken Sie aber auch an die Universität, an die Schulen, an die Zivilschutzeinrichtungen.

Wenn wir nun stärker die individuelle Unterstützung betonen wollen, betonen können, dann ist es nur folgerichtig, Entscheidungen in diesem Sinne auch näher an den Bürger zu bringen. Dadurch verkürzen sich die Entscheidungswege, dadurch werden Probleme vor Ort in die Hand genommen, dadurch wird aber auch die Verantwortung näher an den Bürger gerückt.

Wir werden deshalb mit den Gemeinden einen Runden Tisch einrichten, an dem wir in aller Offenheit und Sachlichkeit über Fragen der Lokalfinanzen, der Beteiligung an den großen Energiegeschäften, an Tarifen oder Diensten und nicht zuletzt über die

Übertragung oder Delegation von Kompetenzen reden werden. Klar ist, dass im Mittelpunkt dieser Diskussionen immer die Folgen und auch die Kosten stehen werden, die mit solchen Änderungen auf die Bürger zukommen. An diesem Runden Tisch wird es zudem darum gehen, die Rolle des Rates der Gemeinden zu überprüfen und einen Rahmen auszuarbeiten, innerhalb dessen sich die in der Regionalregierung voranzubringenden Themen bewegen sollen: eine Neuregelung der Gemeindewahlen und der Unvereinbarkeiten etwa, eine Aufwertung der Gemeinderäte, eine Förderung der Zusammenarbeit übergemeindlicher Dienste oder der Gemeindesekretäre.

Wir sind, meine Damen und Herren, immer Teil von etwas Größerem, auch politisch. Das sollte jeder zur Kenntnis nehmen, egal auf welcher Ebene er tätig ist. Das gilt nicht zuletzt auch für uns, die wir die Spielregeln für dieses Land schaffen, dies aber in einem Spielraum tun, den uns der Staat, den uns die EU, den uns das Weltwirtschaftssystem einräumen. Alleingänge, sehr geehrte Abgeordnete, führen in einem solchen System selten zum Erfolg, weshalb wir immer auf der Suche nach Gleichgesinnten sind. Die ohne Zweifel wichtigsten Partner sind dabei jene in der Europaregion Tirol. Mit Innsbruck und Trient aber auch darüber hinaus mit der Arge Alp treiben wir zahlreiche Themen voran, die für den Alpenraum von grundlegender Bedeutung sind: die Forschung und Entwicklung, die Ausbildung an den Universitäten, die Schaffung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts aber auch den Austausch zu Themen wie Energie, Umwelt oder Verkehr. Und auch in Brüssel verschaffen wir uns und den Berggebieten schlechthin mehr Aufmerksamkeit, mehr Schlagkraft, indem wir alpenbezogene Themen gemeinsam voranbringen. Denn schließlich bilden wir nicht nur geographisch das Herz der Alpen, sondern sind es.

Gerade das Gedenkjahr 2009 gibt uns darüber hinaus die Möglichkeit, die konkrete Zusammenarbeit und darüber auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit im historischen Tirol zu stärken, und zwar nicht nur auf Ebene der Politik oder der Verwaltung, sondern auch in den zahlreichen ehrenamtlichen Vereinen und Organisationen, die so prägend sind für unsere Gesellschaft. Sie sollten das kommende Jahr zum Anlass nehmen, nach Gemeinsamkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen. Nicht zuletzt wird es darum gehen, die Jugend in das Gedenkjahr – und darüber hinaus – einzubinden, etwa über einen zeitgemäßen Geschichtsunterricht, in dem auch der Tiroler Geschichte ein gebührender Platz eingeräumt wird.



Aber lassen Sie mich zurückkommen auf die neue Aufgabe, der wir uns stellen müssen: Die Bürger in diesem Lande durchs Leben zu begleiten, ihnen für jeden Lebensabschnitt, für jedes Lebensalter, für jede Lebenssituation die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn wir dies tun wollen, müssen wir unser Land durch die Augen der jeweiligen Zielgruppe sehen. Und dies heißt zuallererst: Das Land durch die Augen der Kinder und Jugendlichen zu sehen. Sie sind es, an deren Lebenswelt wir basteln, sie sind es, deren Lebensbedingungen wir mit unseren Entscheidungen am meisten beeinflussen. Kurz: Sie sind unsere Zukunft.

Nun wird so manch einer einwenden, dass es für einen 67-Jährigen vielleicht nicht leicht sein wird, die Welt mit den Augen eines Jugendlichen zu sehen. Stimmt, weshalb wir die Voraussetzungen schaffen müssen, Kinder und Jugendliche verstärkt in den politischen Prozess einzubinden, deren Gremien – etwa die Jugendgemeinderäte – zu stärken, deren Wünsche und Bedürfnisse aber auch Ängste und Sorgen regelmäßig zu erheben, und sie so zum elementaren Bestandteil unserer Politik zu machen.

Wenn wir dies tun, wenn wir Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt rücken, dann folgt daraus die Konzentration auf eine ganze Reihe von Handlungsfeldern: auf die Einrichtungen zur Betreuung von Klein- und Vorschulkindern, auf die Innovation im Bildungsbereich, auf den verstärkten Austausch von Jugendlichen über die Schul-, Sprach- und Ländergrenzen hinweg, auf die Förderung besonders begabter Jugendlicher oder auf die Vernetzung von Schule, Forschung und Wirtschaft.

Den Schlüssel, meine Damen und Herren, den Schlüssel bildet in jedem Fall die Bildung. Sie entscheidet über Wohl und Wehe unserer Jugend und damit über unsere Zukunft. Auch in diesem Bereich haben wir in den letzten Jahren die Voraussetzungen geschaffen, die notwendig sind, um den Bildungsbereich fit für die Zukunft zu machen: wir haben das Schulpersonal übernommen, leistungsgerecht besoldet und aufgestockt, eine ganze Reihe neuer Schulgebäude und -typen geschaffen, mit einem neuen Bildungsgesetz das Fundament einer modernen Südtiroler Schule geschaffen und nicht zuletzt das Bildungsangebot in unserem Land durch die Gründung der Freien Universität Bozen vervollständigt.

Die Hardware stimmt also, aber wie sieht's mit der Software aus?

Auch auf die Gefahr hin, dieses Bild überzustrapazieren, erlauben Sie mir doch, bei der Softwareentwicklung in Sachen Bildung ein Virus zu orten. Eines, das aus Rom kommt. Ein Virus namens Schulreform. Es scheint schon fast Usus zu sein, dass jede in Rom an

die Macht gekommene Regierung glaubt, die Schule neu erfinden zu müssen. Und da werkelt man nicht nur an Details, sondern krempelt gleich das ganze System um: vom Klassenlehrer zum Teamunterricht und wieder zurück. Von numerischen Noten zu Kompetenzbeschreibungen und wieder zurück. Von in sich geschlossenen Systemen zur Durchlässigkeit und wieder zurück.

Das ständige Hin und Her in der Bildungspolitik widerspricht grundlegend der Ausrichtung der Schule, die ja eine möglichst langfristige sein sollte. In den Schulen wird die Zukunft unserer Gesellschaft herangebildet. Für Experimente sollte hier kein Platz sein. Schon allein deshalb bin ich der Überzeugung, dass wir – alle unsere Freiräume bis auf den letzten Zentimeter nutzend – weiter an einer spezifisch Südtiroler Bildung bauen müssen, der wir Kontinuität über Jahre, ja Jahrzehnte geben müssen. Gleichzeitig muss unser Bildungssystem europäisch ausgerichtet sein, durchlässig, offen und vielfältig.

So muss der Austausch zwischen den Schulen, den Schultypen und auch über die Grenzen hinweg funktionieren, Hürden müssen abgebaut werden. Reale Hürden genauso, wie jene in unseren Köpfen. Schulgrenzen dürfen keine Hindernisse mehr sein. Angesichts der Komplexität der Lebenswelten ist es heute keinem mehr zuzumuten, dass er mit 13, 14 oder 15 Jahren eine definitive Entscheidung über seinen beruflichen Werdegang treffen muss. Deshalb müssen wir die Durchlässigkeit zwischen den Systemen sichern – und arbeiten de facto auch bereits daran: der Übergang von einer Berufs- an eine Oberschule, die Berufsmatura, die Anerkennung von Oberschuljahren in der Berufsbildung: all dies sind Säulen eines Gebäudes, an dem wir weiterbauen müssen.

Das Bildungssystem muss aber nicht nur durchlässig, es muss in einem weiteren Sinne offen sein. Wir müssen die Talente unserer Kinder und Jugendlichen fördern, sie zu verantwortungsvollen und wertorientierten Menschen heranbilden, ohne allerdings zu glauben, dass wir Schülern einen Kanon an Wissen mit auf den Weg geben können, mit dem diese auf dem gesamten Lebensweg auskommen. Vielmehr geht es um die Vermittlung einer soliden Wissensbasis, auf die jeder Einzelne – und hier sind wir wieder beim Konzept der Verantwortung, die jeder für sich und sein Schicksal trägt – auf die jeder Einzelne aufbauen kann. Lebenslang. Das Angebot in Sachen lebenslängliches Lernen ist bei uns so groß und so vielfältig wie noch nie in der gesamten Geschichte. Und wir legen Wert darauf, dieses Angebot noch auszubauen und es allen zu den selben – und vor allem: zu erschwinglichen – Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Bildung, meine Damen und Herren, Bildung ist keine Ware, die frei gehandelt werden darf. Bildung darf nicht vom Inhalt der Geldbörse abhängen. Bildung und der freie, faire, gleiche Zugang dazu ist eine öffentliche Aufgabe, der wir uns weiter mit unserer ganzen Kraft widmen werden. Das heißt konkret, dass wir finanziell schwächeren Familien mit Stipendien oder Heimplätzen unter die Arme greifen, es heißt aber auch, dass wir schwächeren Schülern oder solchen mit Behinderung individuell abgestimmte Hilfe bereitstellen.

Muss unser Bildungssystem europäisch, durchlässig und offen sein, so muss es auch vielfältig sein. „Vielfalt“ ist ein Schlüsselbegriff, nicht nur im Angebot, sondern auch als Inhalt. Von klein auf sollten hierzulande alle lernen, welche Vorteile ihnen ihr Leben am Schnittpunkt der Kulturen bringt. Und dass Vielfalt eine Bereicherung ist.

Auf die politische Arbeit übertragen heißt dies, dass wir weiter am Ausbau und der Verbesserung des Sprachunterrichts arbeiten werden, und zwar unabhängig davon, ob dies der Unterricht der Mutter-, der Zweit- oder einer Fremdsprache ist.

Es heißt zudem, dass wir uns weiter um eine Vereinheitlichung der Studienordnungen bzw. um eine Anerkennung im Ausland erworbener Studientitel kümmern werden. Dies, um unserer Jugend die Möglichkeit zu geben, anderswo Erfahrungen zu sammeln. Denn diese prägen nicht nur den Einzelnen, sondern sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, die es sich abgewöhnen muss, mit Scheuklappen durch die Gegend zu rennen.

Gerade in einer so vielfältigen, einer globalisierten Welt, in einem offenen Europa ist es schließlich notwendig, unserer Jugend Halt zu vermitteln. Halt in Form von Werten, die wir ihr – als Eltern, als Lehrpersonen, als Politiker, als Vorbilder – mit auf den Weg geben. Und das heißt: vorleben. Halt aber auch in Form fester Wurzeln, die unsere Jugend in ihrem heimatlichen Boden schlagen soll. Dies heißt nicht, dass man Südtirol als den Nabel der Welt betrachten sollte. Es heißt auch nicht, dass man allem Fremden Skepsis entgegen bringen sollte. Im Gegenteil: Wurzeln schlagen heißt, sich seiner Identität bewusst zu sein, seiner Herkunft, seiner Geschichte, seiner Traditionen und darüber hinaus seinen Blick in die Zukunft zu werfen. Je heller dieser Ausblick ist, je ungetrübter, je weiter, desto tiefer werden die Wurzeln reichen.

Damit möglichst alle zudem Wurzeln im Alltag schlagen, gilt eines unserer Hauptaugenmerke auch in den kommenden fünf Jahren dem Arbeitsmarkt. Wir sind in der glücklichen Situation, dass wir – anders als in so vielen Industriestaaten – Vollbeschäftigung haben, dass also Arbeitslosigkeit ein marginales und nicht das alles beherrschende Thema in Politik und Gesellschaft ist. Auch wenn wir dieses Glück haben, so darf man die Vollbeschäftigung in unserem Land nicht als gottgegeben hinnehmen, zumal vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise, die sich – ausgelöst durch die Gier so mancher Finanzjongleure – auch in unserem Land bemerkbar macht und noch machen wird. Denn eines ist sicher: Die Finanzkrise, aus der immer mehr eine weltumspannende Wirtschaftskrise wird, wird uns noch die ganzen nächsten Jahre hindurch beschäftigen: so wird es einerseits darum gehen, die negativen Folgen dieser Krise für Südtirols Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern, es wird aber auch darum gehen, die Chancen zu erkennen und zu nutzen, die jeder Krise immanent sind. Chancen für die Gesellschaft, Chancen für die Unternehmen, Chancen für die Einzelnen.

Für Letztere ist allerdings unabdingbar, dass sie aus einer Position der Stärke heraus in diese Krise gehen. Und dies heißt zuallererst: dass sie eine Arbeit haben. Eine Arbeit zu haben, meine Damen und Herren, ist nicht nur finanziell eine Notwendigkeit. Ohne Arbeit, kein Lohn. Dies liegt auf der Hand. Aber: Ohne Arbeit auch kein Selbstwertgefühl, ohne Arbeit keine Kontinuität im Leben, ohne Arbeit keine sozialen Kontakte, ohne Arbeit kein Austausch. Kurz: Wer ohne eine Arbeit dasteht, riskiert Armut, Ausgrenzung, Vereinsamung – mit all den Folgen, die sich daraus auch für die Gesellschaft ergeben, zumal dann, wenn Arbeitslosigkeit zum Massenphänomen wird.

Gerade um diesen Rattenschwanz an Problemen zu verhindern, werden wir alles in unserer Macht stehende tun, um die Vollbeschäftigung auf Jahre, ja Jahrzehnte hinaus zu garantieren und zu zementieren. Dafür müssen wir zunächst dafür sorgen, dass Südtirol ein für Betriebe interessantes Pflaster bleibt. Wir tun dies nicht, indem wir vor den Unternehmen in die Knie gehen, bei Umweltauflagen oder der Personalpolitik Abstriche machen, sondern, indem wir bestmögliche Bedingungen bieten, unter denen sich die Unternehmen entfalten können.

„Beste Bedingungen bieten“: Auch dies hat eine Hard- und eine Software-Komponente. In Sachen Hardware sind wir an einem guten Punkt angelangt: Die Verkehrswege sind gut ausgebaut, die digitale Erschließung auch der Peripherie schreitet in Riesenschritten voran, die Zuweisung von Gewerbegebieten ist entbürokratisiert und beschleunigt worden (und wird es noch weiter), die Forschungseinrichtungen und das auf eine noch effizientere

Unterstützung der Unternehmen ausgerichtete Drei-Buchstaben-Dreigestirn aus BLS, EOS und TIS arbeiten.

Was nun folgt, sind verstärkte Investitionen in den Software-Bereich, damit wir die Chancen, die Zeiten der Krise bieten, auch nutzen können. Und dies heißt zunächst einmal, sich von der Vorstellung zu verabschieden, es gebe eine Politik für Unternehmer und eine Politik für Arbeitnehmer. Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, Wirtschaftspolitik muss eine Politik sein, die die nachhaltige Entwicklung der gesamten Wirtschaft im Auge hat. Die nachhaltige Entwicklung aller ihrer Teile und auch des Rahmens, in den sie eingebettet ist. Denken Sie etwa an die Umwelt.

Nur wenn wir diesen umfassenden Blick auf die Wirtschaft werfen, wenn wir Partikularinteressen beiseite schieben, wenn wir die Scheuklappen ablegen, werden wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Und das heißt konkret, ein Wirtschaftssystem Südtirol aus der Taufe zu heben, das auf eine gediegene Ausbildung setzt, auf die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation, auf den Ausbau der angewandten Forschung, die Förderung der Kooperation kleiner und mittlerer Unternehmen, die bürokratische wie finanzielle Entlastung der Unternehmen, auf Standortmarketing und nicht zuletzt das Halten des hohen Lebensstandards, der Südtirol als Lebensraum und damit als Wirtschaftsstandort attraktiv hält.

Das Land, sehr geehrte Abgeordnete, wird dabei nicht zusehen. Es wird vielmehr seine Rolle in der Wirtschaft überdenken. Auch hier gilt: Der Aufbau ist geschafft, nun geht es um größere Handlungsspielräume für die Unternehmen: durch einen Abbau der Bürokratie, schnellere, effizientere Verwaltungsprozeduren, den verstärkten Einsatz von E-Government, aber auch durch eine Redimensionierung der Rolle des Landes als Unternehmer, durch die Abgabe von Anteilen öffentlicher Unternehmen, die Einbeziehung der Bürger, die Förderung privaten Engagements und nicht zuletzt der Public Private Partnership als möglichem zukunftsweisenden Modell einer effizienten Zusammenarbeit zwischen privat und öffentlich.

Apropos öffentlich: Wir gehören, das wage ich zu behaupten, zu den wenigen Ländern, die auf eine effiziente Verwaltung zurückgreifen können, zu den wenigen Ländern, die keine Schulden anhäufen, zu den wenigen Ländern, die die Auflagen des Stabilitätspakts erfüllen. Das heißt allerdings nicht, dass wir deshalb alles belassen müssen, wie es ist. Es geht vielmehr darum, stetig an den Verwaltungsprozeduren zu arbeiten, es geht darum, die neuen technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, Bürokratie abzubauen,

Kommissionen und Beiräte auf ihre Daseinsberechtigung hin zu überprüfen und so Personal und auch Kosten einzusparen, wenn wir nicht weitere Kompetenzen übernehmen.

Und wenn wir die Rolle der Verwalter überdenken, dann liegt nichts näher, als auch unsere eigene Rolle als Politiker unter die Lupe zu nehmen, unsere Legitimation etwa über ein zu überarbeitendes Wahlgesetz und vor allem die Kosten, die das System Politik verursacht. Die Neuregelung der Bezüge von Politikern und Verwaltern wird demnach eine wichtige Aufgabe sein.

Es geht, wie ich vorher bereits erwähnt habe, um ein Überdenken der wirtschaftlichen Rolle des Landes, um das Schaffen größerer Freiräume. Nur so können wir Unternehmen für unser Land begeistern, Arbeitsplätze schaffen und so die Vollbeschäftigung garantieren. Wobei es nicht allein darum geht, möglichst vielen Menschen eine Arbeit zu ermöglichen. Wir wollen ihnen vielmehr eine möglichst gute Arbeit sichern. Auch dafür müssen wir die Bedingungen für zukunftssträchtige Unternehmen attraktiv halten und innovative Unternehmen fördern. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass kluge Südtiroler Köpfe nach Abschluss ihrer Ausbildung wieder in ihre Heimat zurückkommen. Sie bilden schließlich – auch wirtschaftlich – einen Mehrwert für unser Land.

Wenn wir an den Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftssystems arbeiten, gilt es, die Besonderheiten dieses Systems nicht aus den Augen zu verlieren, vor allem die Bedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe aber auch der Nachbar- und Genossenschafts-Einrichtungen oder der Verbände. Und nicht zuletzt geht es darum, die besondere Rolle und die vielfältige Aufgabe unserer Landwirtschaft am Berg und in den Tälern angemessen zu berücksichtigen. Dies besonders, nachdem sich der Rahmen, in dem sich unsere landwirtschaftlichen Betriebe bewegen, auf europäischer Ebene ständig ändert. Es ist eine öffentliche Aufgabe, den Betrieben die Anpassung an diese Änderungen zu erleichtern, vor allem dann, wenn man sich vor Augen hält, wie weit etwa die Folgen der Abschaffung der Milchquotenregelung oder die Neuregelung der Marktordnungen reichen.

Doch zurück zum Arbeitsmarkt: Auch wenn die Vollbeschäftigung gesellschaftlich ein Segen ist, sie zieht doch auch ganz eigene Probleme nach sich: in Form des Arbeitskräftemangels. Man kann davon ausgehen, dass bei uns die Nachfrage nach

Arbeitskräften das Angebot übertrifft. Wir haben drei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen.

Erstens: wir vergraulen die Unternehmen, damit diese aus Südtirol abziehen – samt ihren Arbeitsplätzen. Wohl keine gute Idee, vor allem langfristig nicht.

Zweitens: Wir wirken auf das Angebot an Arbeitskräften ein. Das ist bereits eine bessere Idee, der wir uns widmen, indem wir versuchen, möglichst viele, die aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden sind, wieder in diesen zu integrieren: ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Frauen nach der Babypause. Ich weiß, dass vor allem Frauen diese Aufzählung nicht gerne hören, aber noch sind es leider in erster Linie Frauen, deren Arbeitsbiographie mit der Mutterschaft einen Knick erleidet. Auch deshalb ist es wichtig, Frauen verstärkt in den Mittelpunkt der Überlegungen zu rücken, etwa mit der Neuauflage des Gesetzes zur Chancengleichheit.

Frauen, Senioren, Menschen mit Behinderung: Sie alle werden wir noch besser, noch gezielter unterstützen, indem wir ihnen entsprechende Ausbildungen bzw. Umschulungen bieten, indem wir sie intensiv bei der Arbeitssuche betreuen, indem wir noch effizientere Systeme schaffen, um Arbeitsangebot und -nachfrage zusammenzuführen. In Zahlen: Wir wollen bis zu 2000 heute als arbeitslos Gemeldete wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.

Und dann wäre da noch die dritte Lösung des Problems des Arbeitskräftemangels: der Rückgriff auf Arbeitskräfte aus dem Ausland oder aus anderen Regionen. Eines vorneweg: Ohne diese Arbeitskräfte ist unsere Wirtschaft nicht lebensfähig. Um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken, sind wir auf die Hilfe von Gastarbeitern angewiesen und werden es auch in Zukunft aller Voraussicht nach sein. Wer etwas anderes behauptet, der verschließt die Augen vor der Realität. Unbewusst oder – viel schlimmer – bewusst.

Gehen wir offenen und sehenden Auges durchs Leben – und etwas anderes kann und will ich mir bei gewählten Vertretern des Volkes nicht vorstellen – gehen wir also offenen Auges durchs Leben, dann werden wir diese Realität anerkennen und gleichzeitig bestmöglich zu beeinflussen versuchen.

Das heißt zum ersten, dass wir Einwanderern, die bereits im Land sind, die Chance geben, sich zu integrieren, wobei integrieren nicht mit assimilieren verwechselt werden sollte. Aus Einwanderern müssen keine Tiroler werden, sollten auch keine Tiroler gemacht werden. Jeder wird vielmehr seine Eigenheiten behalten und pflegen, solange sie mit den geltenden Regeln im Einklang stehen.

Das heißt nicht, dass wir die Zuwanderung durch die rosa Brille betrachten sollten. Nicht jeder Einwanderer ist ein guter Mensch, nur weil er ein Einwanderer ist, genauso wenig ist jeder Einwanderer ein schlechter Mensch, nur weil er ein Einwanderer ist. Es gibt dicke und dünne Einwanderer, große und kleine, intelligente und einfältige, fleißige und faule, anständige und unanständige, rechtschaffene und kriminelle. Eine Binsenweisheit, wird so manch einer sagen. Schade nur, dass selbst diese Binsenweisheit in so manchen Köpfen noch nicht angekommen ist. In einheimischen Köpfen nicht und auch in so manchem Kopf eines Einwanderers.

Was wir brauchen, sind keine Slogans, was wir brauchen, sind keine emotionalen Diskussionen, was wir brauchen, ist eine differenzierte Betrachtung der Einwanderung und der Folgen, die sie nach sich zieht. Eine solche Betrachtung fängt bei einer möglichst optimalen Steuerung der Zuwanderung an:

Quantitativ, indem wir nicht mehr Zuwanderer anfordern, als in unseren Unternehmen und Familien auch eingestellt werden können. Ein Punkt, der auch Auswirkungen auf die Familienzusammenführung hat: Diese sollte nur möglich sein, wenn im Lande ein angemessenes Einkommen und eine angemessene Unterbringung nachgewiesen werden können.

Qualitativ, indem wir die Ausbildung der Zuwanderer unter die Lupe nehmen und so möglichst Arbeitsangebot und -nachfrage in Übereinstimmung bringen.

Und schließlich kulturell, indem wir darauf achten, dass sich in Sachen Sprache und Lebensart keine unüberwindlichen Hürden für die Integration der Einwanderer ergeben. Dieser Grundsatz wird auch auf die Schule ausgedehnt, wo Einwandererkinder die Möglichkeit haben, in Sprachenzentren betreut die Unterrichtssprache so zu lernen, dass sie dem Unterricht folgen können. Gleichzeitig werden wir auch dafür sorgen, dass ähnliche Sprachkurse auch den Eltern angeboten werden, damit diese sich in der Südtiroler Gesellschaft zurechtfinden können.

Prinzipiell gilt jedenfalls ein einfacher Grundsatz: Einwanderer, die in Südtirol arbeiten und die geltenden Regeln respektieren, sollen auch die Vorteile unserer Gesetze in Anspruch nehmen können. Damit wir allerdings verhindern, zu einem Anziehungspunkt für all jene zu werden, die zwar Sozialleistungen beanspruchen, dafür aber ihren Beitrag nicht leisten wollen, setzen wir auch in Zukunft darauf, dass Sozialleistungen nur empfängt, wer eine gewisse Zeit in Südtirol gearbeitet hat, wir setzen darauf, dass die Arbeitgeber für die



Erstaufnahme sorgen und wir setzen auf getrennte Ranglisten und Zuweisungen im Wohnbau.

Erlauben Sie mir allerdings noch eine Bemerkung zu diesem Thema – und nicht nur zu diesem Thema: Wer als Politiker den Bürgern vorgaukelt, für hochkomplexe gesellschaftliche Probleme gebe es einfache Lösungen, Patentrezepte, Schwarz-weiß-Schemata, erschleicht sich nicht nur mit völlig illegitimen Mitteln deren Vertrauen, sondern untergräbt die Grundfesten unseres politischen Systems. Dies, weil er bei den Bürgern Erwartungen erzeugt, die das politische System nicht zu erfüllen in der Lage ist. Die Folgen sind Vertrauensverlust, Politikverdrossenheit, Misstrauen gegenüber den Institutionen, eine Schwächung der demokratischen Idee und – mit letzter Konsequenz zu Ende gedacht – irgendwann der Ruf nach dem starken Mann.

Gerade in sozialen Fragen, meine Damen und Herren, gerade in sozialen Fragen ist es leicht, Ängste zu schüren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Unsere Art, Politik zu machen, ist das nicht. Schon allein deshalb, weil wir als Regierung daran gemessen werden, welche unserer Versprechungen wir wahr gemacht haben und welche nicht. Schon dies ist Korrektiv genug, um falsche Versprechungen gar nicht erst zu machen.

Unser Programm im Sozialen ist deshalb ein ausgewogenes, ein dicht gestricktes, ein auf die wahren Bedürfnisse der Menschen ausgerichtetes, ein finanzierbares und deshalb realistisches. Konkret geht es darum, dass wir uns zunächst um die Familien kümmern, die oft genug als „Keimzelle der Gesellschaft“ gelobt, nicht weniger oft aber mit ihren Sorgen allein gelassen werden. Unterstützung heißt für uns, sie finanziell zu entlasten, sie steuerlich zu begünstigen, die Aus- und Weiterbildung ihrer Kinder zu ermöglichen, ihnen in der Arbeitswelt entgegen zu kommen, ihre Kinder zu schützen, und zwar auch vor den Gefahren der Armut und Ausgrenzung, ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Wichtig ist, dass all unsere Maßnahmen nicht dazu führen, dass Sozialleistungen das Einkommen aus Arbeit ersetzen. Oder anders: Nicht zu arbeiten, darf keine finanzielle Option sein. Nicht zu arbeiten, darf nicht dazu führen, am Ende des Monats finanziell besser dazustehen. Dies bringt mit sich, dass wir besondere Formen der Unterstützung auch für den Mittelstand finden. Im Wohnbau haben wir erste Schritte bereits gesetzt, an denen wir uns orientieren sollten.

Familien, sehr geehrte Abgeordnete, müssen auf unsere Unterstützung zählen können, traditionelle Familien und auch neue Formen, die weit schwieriger zu fassen sind. Immer vorausgesetzt, die neuen Familienformen sind auf Langfristigkeit, auf Nachhaltigkeit, auf Dauerhaftigkeit ausgerichtet und damit auf eine größtmögliche Sicherheit für die Kinder. Eine Sicherheit, die für nichts geopfert werden sollte, schon gar nicht für einen finanziellen Vorteil, den man sich durch ein kreatives Zurechtbiegen von Familiensituationen herauszuschlagen versucht. Falsche Alleinerziehende etwa mögen sich für besonders schlau halten, sie mögen ihre Falscherklärungen auch zu rechtfertigen versuchen, mit Ausreden à la „Andere tun's ja auch“ oder „Schließlich zahle ich ja Steuern“ oder „Ich nehme ja niemandem etwas“. Eines sollten sie dabei aber nicht vergessen: Sie betrügen, und zwar nicht eine amorphe, nicht näher zu fassende Gesellschaft, sondern ihre Freunde und Nachbarn, die Eltern der Schulfreunde ihrer Kinder, die Frau in der Bäckerei, den sympathischen alten Herrn von nebenan, den Briefträger. Sie betrügen nicht die reiche Landesverwaltung. Sie betrügen. Punkt.

Erlauben Sie mir hier, werte Abgeordnete, einen Bruch, um noch zwei große Zukunftsthemen aus dem Koalitionsprogramm herauszugreifen: Energie und Verkehr. Es ist wohl keine Kristallkugel nötig um vorherzusagen, dass diese beiden Themen uns in den kommenden Monaten und Jahren noch ausgiebig beschäftigen werden, und zwar quer durch alle Gremien und Institutionen.

In Sachen Energie haben wir noch in den letzten Tagen der abgelaufenen Amtszeit der Landesregierung entscheidende Schritte in die Zukunft gesetzt. Wir haben mit den beiden Verträgen mit Edison und Enel die Grundlagen geschaffen, auf die es nun aufzubauen gilt. Die Hardware, meine Damen und Herren, ist unter Dach und Fach, an die Software müssen wir uns in den nächsten Monaten machen.

Klar ist, dass wir mit den beiden Kooperationen den Schlüssel zu einer eigenen, eigenständigen Südtiroler Strompolitik in der Hand halten. Ein Großteil der Stromproduktion in unserem Lande ist nun wieder in Südtiroler Händen und dies ist – langfristig betrachtet – eine unbezahlbare Ressource. Nun hängt es maßgeblich von uns ab, was wir daraus machen, doch sind die Leitlinien bereits heute klar: Es gilt, die Südtiroler mit sicherem und sauberem Strom zu versorgen, und zwar zu erschwinglichen Bedingungen.

Wir alle haben gesehen, was eine ungebremsste Liberalisierung auf dem Strommarkt auslösen kann – Stichwort: Kalifornien. Schon allein deshalb müssen die Stromversorgung ein öffentliches Interesse und der Strommarkt einem ungehemmten Wettbewerb am Markt entzogen bleiben.

„Öffentliches Interesse“ ist dabei nicht mit „Landesinteresse“ gleichzusetzen. Vielmehr schwebt uns eine Beteiligung der Lokalkörperschaften, von Bezirken und Gemeinden, vor. Dies im Sinne der Föderalisierung auf Landesebene, die ich zuvor schon ausgeführt habe, im Sinne einer Bewirtschaftung wichtiger Ressourcen, die so nah wie möglich am Bürger erfolgen soll. Wobei „nah am Bürger“ durchaus auch so ausgelegt werden kann, dass wir die Bürger direkt beteiligen, etwa in Form von Volksaktien.

Nicht minder wichtig als die Stromproduktion ist im Übrigen die Verteilung des Stroms, die wir über die Landesenergiegesellschaft SEL übernommen haben. Auch dies hat einen einfachen, gesellschaftlich bedeutenden Grund. Überließen wir die Stromverteilung den Unternehmen, deren Maxime die Gewinnmaximierung ist, so würden wir mittel- und langfristig riskieren, dass entlegene Gebiete, ländliche Gebiete, periphere Gebiete bei der Stromverteilung zu kurz kämen. Entweder die Unternehmen würden die Versorgung ganz einstellen, weil sie sich wirtschaftlich nicht rechnet, oder sie würden ihre Kosten durch eine derart hohe Durchleitungsgebühr auszugleichen versuchen, dass Strom für Bürger ländlicher Gemeinden zum Luxusgut würde.

Mit der Stromverteilung in öffentlichen Händen können wir diesem Dilemma vorbeugen. Konkret werden wir zunächst mit den Gemeinden verhandeln, inwieweit sie selbst oder über ihre Energiebetriebe die ehemalige Enel-Stromverteilung in ihren Gebieten übernehmen wollen. Sollte dies nicht der Fall sein, gehen die Verhandlungen mit den bereits vorhandenen Stromverteilern weiter. Und sollten diese kein Interesse daran haben, wird ein eigener Verteilerdienst aufgebaut werden müssen.

Energie, meine Damen und Herren, Energie ist ein Thema, das sich nicht im Enel- und Edison-Geschäft erschöpft. Energie ist vielmehr ein Sektor, in dem Südtirol in Zukunft auch international reüssieren kann, wenn wir den Weg weiter beschreiten, den wir bereits eingeschlagen haben. Unser Land, unsere Unternehmen gelten als führend, wenn es um Technologien zur Energieeinsparung geht, und sie sind es auch in der Energiegewinnung aus regenerativen Quellen: aus Wasser, Biomasse, Biogas, Sonne, Wind, Erdwärme –

alles längst keine Zukunftsmusik mehr, sondern eine nicht mehr wegzudenkende Komponente unserer Energiepolitik. Als wir angekündigt haben, die Produktion und Verteilung von Wasserstoff voranzutreiben, hat man uns belächelt, als wir vor Jahren das Ziel ausgegeben haben, bis 2013 einen Großteil unserer Energie aus erneuerbaren Quellen decken zu wollen, hat man uns auch noch belächelt. Heute ist das Ziel der 75 Prozent längst nicht mehr utopisch, sondern ganz real. 75 Prozent der Energie aus grünen Quellen. Dies ist – ganz unbescheiden – international eine Visitenkarte.

Ökonomie, meine Damen und Herren, ist nicht der natürliche Gegenspieler der Ökologie. Und auch umgekehrt gilt: die Ökologie ist kein Feind der Ökonomie. Im Gegenteil: Eine wirtschaftliche Entwicklung ohne einen aufmerksamen Blick auf die Umwelt, ist nicht – oder allerhöchstens kurzfristig – möglich. Wirtschaftliche Entwicklung muss immer im Respekt vor der Umwelt erfolgen, zumal in einem Land wie dem unseren, das von natürlichen Reichtümern lebt. Natur ist – nicht nur, aber gerade – in unserem Land ein unbezahlbares Kapital.

Unser Augenmerk wird deshalb auch einer Überarbeitung des Raumordnungs- und des Landschaftsschutzgesetzes und damit einer wirtschaftlichen Entwicklung gelten, die umweltverträglich und nachhaltig ist, die den Blick nicht nur über den Gartenzaun, sondern weit darüber hinaus richtet: auf den Klimaschutz, den Schutz der unverbauten Landschaft, den Schutz der Gewässer – und dies alles nicht als Einschränkung, sondern als Chance versteht.

Eines ist klar: gerade in der Umwelttechnologie – aber nicht nur – wird sich einiges, was heute vielleicht noch als vielversprechend angesehen wird, als Sackgasse erweisen. Wenn wir aus Angst, uns in eine solche Sackgasse zu verirren, aber gar nicht erst zu gehen anfangen, haben wir das Spiel um die Zukunft bereits heute verloren.

Wer die Zukunft mitgestalten, wer dabei ein Wörtchen mitreden, wer eine aktive Rolle spielen will, der muss auch bereit sein, Risiken einzugehen. Das gilt für unsere Unternehmer, das gilt für die Arbeitnehmer, deren Risikobereitschaft wir fördern, wir unterstützen, wir honorieren werden. Das gilt nicht zuletzt aber auch für uns, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Auch wir haben zu riskieren, auch wir haben ausgetretene Pfade zu verlassen, auch wir haben uns auf Unbekanntes einzulassen, damit wir die Gesellschaft voranbringen. Den nötigen Mut, die nötige Offenheit, davon bin

ich überzeugt, haben wir und auch die nötige Vernunft, um Hasardspielen aus dem Weg zu gehen.

Neue Wege werden wir auch in Sachen Verkehr – oder, wenn Sie so wollen: Mobilität – beschreiten. So manch einen dieser Wege, auf denen wir noch in den nächsten Jahren unterwegs sein werden, haben wir bereits eingeschlagen, auch wenn der eine oder andere dies noch nicht wahrhaben will. Der Ausbau der Brennerbahnlinie ist einer dieser Wege. Ich weiß, dass ich mich hier wiederhole, aber letztendlich führt kein Weg an diesem Ausbau vorbei. Und wenn wir diesen Ausbau zukunftssträchtig angehen wollen, führt auch kein Weg am Brennerbasistunnel vorbei, kein Weg an potenzierten Zulaufstrecken, kein Weg an effizient lärmgeschützten Zulaufstrecken, was wiederum heißt, dass diese – wo immer dies möglich ist – unterirdisch verlaufen und ansonsten eingehaust werden müssen.

Ich kann verstehen, dass der eine oder andere den Glauben an den Ausbau der Brennerbahnlinie verloren hat, wenn man das Hin und Her um die Finanzierung beobachtet, wenn man immer wieder das Gefühl hat, wieder bei „Los“ gelandet zu sein, weil die Staaten ihre Finanzierungszusagen wieder zurücknehmen, noch einmal alles durchrechnen oder sich so mancher Verantwortungsträger plötzlich nicht mehr an seine Zusagen erinnern kann. Glauben Sie mir: Auch für mich ist diese Situation keine einfache, nicht leicht zu ertragen. Da hilft es in jedem Fall, wenn – wie vor wenigen Tagen geschehen – die EU-Finanzierung schwarz auf weiß vorgelegt wird und auch der italienische Infrastrukturminister die notwendigen Mittel zusagt. Und es hilft auch, wenn man der Querfinanzierung nicht ablehnend gegenüber steht. Denn unser Angebot steht: Wird die Konzession der Brennerautobahngesellschaft verlängert, werden wir auf die Auszahlung der Gewinne verzichten und unseren Beitrag zur Finanzierung des BBT und seiner Zulaufstrecken zu leisten. Illusionen, meine Damen und Herren, Illusionen geben wir uns deshalb sicher keinen hin. Es wird auch weiterhin Rückschläge geben, doch auch wenn wir immer wieder Rückschläge erleben, immer wieder von vorne anfangen müssen – meinen Glauben an dieses Projekt habe ich nie verloren. Und ich werde ihn auch nicht verlieren. Aus einem einfachen Grund: Es gibt keine Alternative zum Ausbau der Brennerachse.

All diejenigen übrigens, die immer wieder fordern, man könne nicht nur an den BBT denken, sondern müsse bereits heute Maßnahmen für die lärm- und abgasgeplagte

Bevölkerung entlang der Transitrouten setzen, rennen bei uns offene Türen ein. Sperrangelweit offene Türen. Wir haben solche Maßnahmen bereits gesetzt und wenn sie nicht so spektakulär ausfallen, wie so mancher Kritiker gerne hätte, dann hat dies auch mit dem engen Korsett zu tun, in das uns vor allem die EU und ihr Prinzip des freien Warenverkehrs zwingt.

Eines kann ich Ihnen aber schon heute versprechen: Wir werden unsere Anstrengungen intensivieren: für eine Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene, für eine stärkere Berücksichtigung der Kostenwahrheit im Güterverkehr, für eine Erhöhung der Maut auf der Brennerachse, für einen Ausbau der Rollenden Landstraße, für die Schaffung von Umschlagbahnhöfen, für die Durchsetzung von Fahrverboten für die ärgsten Stinker, für die Entschärfung rollender Zeitbomben auf unserem Abschnitt der Brennerautobahn.

Und auch im Flugverkehr braucht es neue Ansätze: So müssen wir den Bozner Airport mit sicheren Landesystemen ausrüsten und seine Strukturen den Schengen-Vorschriften anpassen. Tun wir dies nicht, hat der Flughafen keine Zukunft. Auch hier gilt wie für die Verlagerung des Güterverkehrs, was ich vorhin bereits unterstrichen habe: Es braucht den Mut, neue Wege einzuschlagen, die Offenheit für innovative Lösungen, ohne deshalb auf jede Phantasterei eingehen zu müssen.

Und noch ein Gedanke zur Mobilität. Ich glaube, dass die große Zeit des Individualverkehrs vorbei ist. Sie ist ein Opfer ihres eigenen Erfolgs. Die große Zeit des öffentlichen Nahverkehrs, ihre Renaissance, steht aber noch bevor. Und für diese sind wir gerüstet, indem wir sehr viel Geld in die Schaffung der Grundlagen investiert haben: in die Wiederbelebung der Vinschger Bahn, in den Ausbau der Strecke zwischen Bozen und Meran, in die neue Pusterer Bahn, in den Ausbau der Brennerbahn, in neue Züge, neue Bahnhöfe, in Citybusse und umweltfreundliche Antriebe – kurz: in die Hardware. Nun geht es darum, diese Voraussetzungen so zu nutzen, dass die Bürger den Untergang der Ära des Individualverkehrs nicht als Einschränkung empfinden, sondern als Bereicherung: dank eines Halbstundentakts auf den Hauptstrecken, dank regelmäßiger Verbindungen mit Innsbruck und Lienz, kurz: dank eines funktionierenden, pünktlichen, effizienten, dichten, nutzerfreundlichen Dienstes im öffentlichen Nahverkehr. Auch daran werden wir gemessen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Südtiroler Landtag. Die Zukunft unseres Landes liegt vor uns. Sie ist viel weiter, viel mannigfaltiger, bunter, vielfältiger, als sie in einer Regierungserklärung je beschrieben werden könnte. Sie ist auch viel weiter, viel mannigfaltiger, bunter, vielfältiger, als dass sie zwischen die Deckel eines Koalitionsprogramms gepresst werden könnte. Und vor allem: Die Zukunft ist viel zu unberechenbar, als dass wir heute schon sagen könnten, was uns in fünf Jahren bewegt.

Eines ist aber sicher: Es liegt an uns, uns allen gemeinsam, an der Zukunft unseres Landes zu bauen. Jeder in seiner Rolle, jeder in seiner Funktion, jeder, davon bin ich überzeugt, in einer konstruktiven Art und Weise, in Respekt vor den Bürgern, dem Gegenüber und vor der Institution, die wir alle repräsentieren.

Südtirol, das habe ich eingangs erwähnt, steht am Beginn der Zukunft. Und Zukunft, meine Damen und Herren, Zukunft passiert nicht einfach, Zukunft will gestaltet werden. Und genau dies werden wir in den kommenden fünf Jahren tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!